

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 32

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pole sieht Dolce-Vita-Moral in der Schweiz

Sein Urteil: Schweizer leben im Luxus und sterben einsam
Polen leben in Armut und möchten trotzdem nicht tauschen

Niemand, der das harte Leben, aber die Siege und Erfolge in Polen kennt, möchte diese Existenz mit den «süssen Leben in den reichen Ländern» vertauschen, schreibt ein polnischer Journalist nach einer Woche Aufenthalt in der Schweiz.

Roman Szyslowski, Mitarbeiter der «Trybuna Ludu», Warschau, nennt die Schweiz bei aller «Ruhe, Reinlichkeit und Ordnung» ein «Paradies der Millionäre», in dem «extremer Egoismus» typisch sei.

Er lobt die Sauberkeit und Ordnung der Maschinenfabrik Sulzer, die, sagt er, auch mit Polen im Geschäftsverkehr steht; doch er findet «ihr Lohnsystem kompliziert».

Die Schweiz, sagt er, bezieht ihre Haupteinnahmen aus Tourismus und Maschinenindustrie, ist aber andererseits ein «Paradies der Millionäre», die höchstens 25 Prozent ihres riesengrossen Einkommens versteuern müssen, während diejenigen, welche wenig verdienen, hohe Steuern zahlen.

«Es ist kein Wunder», schreibt er, «dass sich allein in Zürich über 700 Millionäre niedergelassen; hier haben sie ein süßes Leben.»

Der Autor lobt verschiedenes, gleicht das Lob aber sofort mit Kritik aus.

Er besichtigte auch die Uhrenfabrik Roamer in Solothurn, wo der polnische Freiheitsheld Tadeusz Kosciuszko begraben ist.

Anstoss nimmt er an einem polnischen Prospekt, der das Bild Kosciuszko zeigt und, wie er sagt, Solothurn als «polnische Stadt in der Schweiz» bezeichnet.

Er beanstandet, dass der Firma nicht die Käufer in Polen, son-

DER PAPST UND DIE USA SIND ROTCHINAS FEINDE

Peking konstruiert Komplott mit Vatikan und Washington

Eine Monster-Verschwörung des Vatikans mit den USA gegen Rotchina sieht «Jen-Min Ji-Bao» im Fall des amerikanischen Bischofs Walsh.

«1948 ... als der Ruin der Clique Tschiang Kai-scheks schon feststand, brachte der berüchtigte Kardinal Spellman den Spionen-veteran Walsh nach China», sagt das Blatt. Nach Spellmans Abreise «blieb Walsh mit Einverständnis des Vatikans und konspirierte mit Riberi, dem Nun-tius des Vatikans bei der Clique Tschiangs, welcher das „Zentralbüro der katholischen Kirche“ organisierte. Walsh war Generalsekretär des Büros, das als amerikanische Imperialistenorganisation ... arbeitete.»

WAS EIN GUTER MARXIST-LENINIST TUT

Überraschende Schützenhilfe für Chruschtschew durch Suslow, alten Stalinisten, der plötzlich Peking vorwirft Scheuklappen zu tragen und Jahrzehnte zurück zu sein

Eine wenig beachtete Unterstützung der Politik Chruschtschews gegenüber der extremen Linie Pekings erfolgte vor einem Monat durch Suslow (Curriculum KB, 6. Juli), der bisher als Exponent des «harten», Rotchina wohlgesinnten Kurses galt.

Suslow, der in der neuesten ideologischen Debatte bisher geschwiegen hatte, nahm überraschend am 30. Juli in der «Pravda» eindeutig Stellung für den «der Zeit angepassten» Marxismus-Leninismus, wie ihn Chruschtschew in Bukarest ausgelegt hatte (KB, 27. Juli ff.). Er verurteilte bedingungslos die Dogmatiker:

«Ein Marxist-Leninist darf nicht verfehlten, jenen Veränderungen (er verwies auf die Verschiebungen im internationalen Kräfteverhältnis) zu sehen und daraus die nötigen Folgerungen für die Praxis zu ziehen. Dogmatiker aber schliessen sie (diese Folgerungen) aus, kehren ihnen den Rücken, sehen sie nicht, tragen Scheuklappen und berauben sich damit selbst der Chance, zu sehen, dass die Welt heute ganz und gar nicht mehr das ist, was sie Jahrzehnte zuvor war.»

Es gibt zwei Interpretationen für dieses Hervortreten Suslows: Entweder ist die Gefährdung der sowjetischen Vormachtstellung durch Rotchina so gross, dass die Parteispitze sich ge-

zwungenmassen zusammen-schliesst und vorderhand interne Differenzen begräbt; oder aber Chruschtschews Stellung in der Partei ist immer noch so stark, dass er in dieser Krise auch seine internen Gegner zwingen kann, öffentlich für ihn und seine Politik einzutreten.

Jedenfalls zeigt Suslows Meinungsäusserung eine nach aussen deutlich zur Schau getragene Koordinierung der Thesen im Kreml, die zumindest vorübergehend eine Stärkung der ideologischen Position Moskaus mit sich bringen dürfte.

UdSSR GEWÄHRT DER UNO 220 000 PFUND FÜR HILFE

Aber Moskau gibt deutlich zu verstehen: Direkthilfe geht vor

Im Wettkampf um die Unterstützung der Entwicklungsländer hat die UdSSR die Absicht, 220 000 Pfund an den Uno-Fonds für Afrika-Hilfe beizusteuern.

Das heisst nicht, dass sich die Sowjetunion gegen ihre bisherige Vorliebe für bilaterale Hilfe und für grössere Beiträge an die Hilfsfonds der Uno entschieden hat.

Wie aus einem Artikel der «Ekonomscheskaja Gazeta» (20. Juli) hervorgeht, zieht die Sowjetunion Hilfe an Entwicklungsländer auf bilateraler Basis immer noch vor. Sie begrenzt damit ihre Hilfe auf einzelne, sorgfältig ausgewählte Länder, die ihr ein fruchtbare Feld für politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu sein scheinen.

(Der Beitrag der UdSSR an den Uno-Unterstützungsfonds war bisher sehr gering. Dieses Jahr beträgt er an die Hauptfonds für Wirtschaftshilfe 2 Millionen Dollar, gegenüber 8 Millionen Grossbritanniens und 40 der USA.)

KOEXISTENZ IST NICHT VERSÖHNUNG SONDERN KAMPF

«Narodna Mladez», Sofia, interpretiert Moskaus neue Koexistenztheorie wie folgt: «Diese neue Festlegung (der Koexistenz) versöhnt das Proletariat nicht mit der Bourgeoisie; im Gegenteil, sie entflammt seine revolutionäre Energie.»

Moskau mobilisiert das Volk an der Grenze

Die Grenzwachen werden durch Volksbrigaden verstärkt die Sicherheit bedarf jetzt der Festigung durch Freiwillige

Im Grenzgebiet zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Staaten werden auf Befehl der Partei und der Arbeiterkollektive freiwillige Volksbrigaden zur Unterstützung der Grenzwache errichtet.

Die Zeitschrift «Kommunist», Moskau (Nr. 11/1960), sagt dazu, der Sowjetgesellschaft komme in der «Festigung der Sicherheit» eine stets steigende Verantwortung zu; die Aufhebung des Innenministeriums der Sowjetunion sei nicht erfolgt, «um Einsparungen zu erzielen», sondern «um die Rolle der Oeffentlichkeit im Kampf für die Rechtsordnung zu festigen». Die Bürger sollen für diese Dienste vermehrt herangezogen werden.

(Ab 1957 wurden zahlreiche zentrale Ministerien der UdSSR aufgehoben, während gleichzeitig die Kontrolle durch die Partei sich verstärkte; die vorwiegend zur Verwaltungarbeit gewordene Funktion dieser Ministerien wurde den Unionsrepubliken übertragen. Die bestimmende Leitung liegt weiterhin bei der Partei in Moskau.)

Gleichzeitig, meldet die Zeitschrift, erweitert der Staatsicherheitsdienst seine «Wachsamkeit gegenüber den Feinden des Regimes».

PRAG PRÜFT DIE HERZEN UND DIE PARTEIBÜCHER

Scharfe Gesinnungskontrolle auf Frühling 1961 angekündigt

Eine weitere Straffung der Parteidisziplin kündigt sich in der Tschechoslowakei an, wenn im April 1961 die Gültigkeit der Parteiausweise erlischt.

Der Umtausch der Ausweise wird schon jetzt in aufklärendem Sinne besprochen («Pravda», Bratislava, 10. August) und soll nicht eine blosse Kontrolle der Einzahlungen sein.

Es soll geprüft werden, «ob das Herz des betreffenden Parteimitglieds mit dem einverstanden ist, was der Besitz des Parteibuches bedeutet», schreibt «Uj Szo», eine weitere Tageszeitung, am 20. August.

Unser Meme

Die USA haben nach
peinlichem, langem
Zögern beschlossen,
die Beziehungen zur
Dominikanischen

Republik abzubrechen, wie es die Mehrzahl der Mittel- und Südamerikaner in der «Organisation der Amerikanischen Staaten» befürwortete. Staatssekretär Herter machte sich noch an der Sitzung dieser Organisation, die über den Streitfall zwischen Venezuela und dieser Republik zu befinden hatte, zum Befürworter einer «milden Haltung». (Eine Untersuchung der Organisation hatte ergeben, dass ein Bombeattentat gegen den venezolanischen Präsidenten Betancourt von der Familie Trujillo, welche die Dominikanische Republik als Privatdomäne verwaltet, angestiftet worden war. Darauf hatten einige Mitglieder der Trujillo-Familie ihr Amt niedergelegt, in der Hoffnung, die Gemüter zu beschwichtigen und zumindest einen Teil ihres Geldes und Einflusses zu retten.) Die angesehene Wochenzeitschrift «Saturday Evening Post» hatte sogar in einem Leitartikel ein Beispiel des noch immer den Realitäten recht fernen Denkens guter, mittelständischer amerikanischer Kreise gegeben: Sie warnte die Leute, welche mit dem Trujillo-Regime scharf ins Gericht gehen wollten, nicht durch überstürzte Massnahmen unkontrollierbaren Kräften in der Dominikanischen Republik zur Macht zu verhelfen, denn, sagte sie, man sollte lieber bedenken, dass die Dominikanische Republik bisher in der Uno den USA gegen die Kommunisten treu zur Seite gestanden sei. Dasselbe kann füglich auch von Batista auf Kuba behauptet werden; dass die Unterstützung Batistas durch Washington das antiamerikanische Gefühl des heutigen Kubas direkt auslöste (latent waren wirtschaftlich auch noch Gründe vorhanden), hat man in den USA noch nicht begriffen. Es scheint Washington schwer zu fallen, sich von der traditionellen Hemisphären-Politik zu trennen, nach wel-

Curriculum der Woche

EDWARD KARDEL

Autor des Buches «Sozialismus und Krieg» (siehe S. 2 und KB vom 24. August). Vizepräsident der Bundesregierung Jugoslawiens, Mitglied des Bundesausschusses des Sozialdemokratischen Bundes der Werktätigen, Sekretär des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten (offizieller Name der KP Jugoslawiens) und Mitglied der Partei des Landesteils Slowenien. Geb. 1910 in Ljubljana, absolviert das Lehrerseminar. Früh linksextreme Tätigkeit, verbüsst mehrere Freiheitsstrafen wegen Gefährdung der Staatssicherheit. 1934—1937 im Ausland. Kehrt als illegaler politischer Arbeiter und Journalist zurück; verfasst eine Broschüre, die von der Vorkriegsregierung Jugoslawiens aus Rücksicht auf die benachbarten Diktaturen als antifaschistisch verboten wird. 1941 unter den ersten Mitkämpfern Titos, Mitbegründer der «Befreiungsfront» in Slowenien. Mitglied des obersten Stabes der Volksbefreiungs- und Partisaneneinheiten. An der 2. Tagung der AVNOJ zum Vizepräsidenten des nationalen Komitees für die Befreiung Jugoslawiens gewählt. Seit 1945 Vizepräsident der Bundesregierung, später Aussenminister. Chef der jugoslawischen Delegation an der Friedenskonferenz in Paris sowie der Uno-Delegation 1947—1950. Autor verschiedener Schriften. Gilt als Parteiideologe.

cher die Bananenrepubliken nicht allzu ernst zu nehmen waren und eine gute Stimme in der Uno Grund genug schien, in diesen Ländern Regimes zu unterstützen, die im Volke gerade die Stimmung vorbereiteten, welche jetzt auf Kuba zum ersten starken Auftreten eines durchaus echten Linksradikalismus geführt haben.

kurz

Kürzliche Besprechungen österreichischer Politiker mit Otto von Habsburg werden in «Tvorba», Prag, unter dem Titel «Tanz der Gespenster rund um Habsburg» veröffentlicht. Definition Ottos von Habsburg: «Schachfigur in den Händen der westdeutschen, amerikanischen und franco-spanischen Herren.»

Fadil Abas Al Mahdaui, Präsident des irakischen Volksgerichtshofes, war im August Gast des Präsidenten des obersten bulgarischen Gerichtshofes («Otetschestven Front», Sofia, 14. August).

Irak erhielt aus dem Ostblock folgende Studienstipendien: 35 aus Bulgarien, 56 aus Polen, 13 aus Rumänien, 17 aus Ungarn, 26 aus Jugoslawien. Die Zahl sowjetischer Stipendien ist nicht bekannt.

Um «die Entwicklung der medizinischen Wissenschaften in den europäischen Ländern zu studieren», bereitete eine Gruppe von 17 «Negerärzten» (Länder nicht angegeben) «eine Anzahl sozialistischer Länder, darunter die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen» («Zycie Warszawy», 13. August).

Eine ägyptische Delegation verhandelte in der UdSSR über die Zusammenarbeit beim Bau der 2. Etappe des Assuandamms («Prawda», 14. August). (Sie erhielt einen bedeutenden Nachtragskredit.)

In Karlovy Vary (CSR) wurde eine Ausstellung «Spionage, Terror, Diversion» mit Dokumenten über die umstürzlerische Tätigkeit westlicher Imperialisten eröffnet («Rude Pravo», 18. August).

Osten möchte Westeuropa gern als Sandhaufen sehen

Die Frage, ob Jugoslawiens Regierung «eher zum Westen» oder «eher zum Osten» gehört, wird mitunter gestellt. Die Antwort ist eindeutig, dass Belgrad den Sieg des Kommunismus, aber nicht unbedingt den Sieg Moskaus und schon gar nicht den Sieg Pekings wünscht. Keinesfalls aber wünscht Jugoslawien einen Sieg des Westens und westlicher, freiheitlicher Auf-



fassungen nicht nur die Beteuerungen Belgrads, dass es nach wie vor zum Osten gehört (siehe S. 2), beweist dies. Dies geht auch deutlich aus dieser Karikatur hervor, die ebensogut in irgendeiner Zeitung des kommunistischen Ostblocks hätte stehen können: Sie zeigt de Gaulle, Macmillan und Adenauer bei ihren Versuchen, eine west-europäische Einheit herzustellen, so, wie die Kommunisten sie gerne sehen: Als Architekten von Sandburgen am Strand. Der Titel heisst «Sommerspiele». (Nova Makedonija, 11. August).

BRIEFE

Nochmals: Die grosse Frage

Zuallererst: Es ist mir immer unverständlich gewesen, dass, von wenigen Ausnahmen abgesehen, schweizerische im Gegensatz zu ausländischen Zeitungen mit vollem Namen unterzeichnete Einsendungen nur mit Initialen wiederzugeben pflegen, besonders jene bekenntnishaften Charakters. Was meine Person betrifft, gilt jedenfalls, es sei auch bei dieser Gelegenheit in grossem Ernst und mit allem Nachdruck wieder bezeugt: Von jeher entschiedene Gegnerin jeder Form des Totalitarismus, bin ich erst recht Gegnerin seiner abscheulichen Spielart, des Bolschewismus, mit dem wir uns heute auseinanderzusetzen haben. Ich werde ihn kompromisslos und mit allen meinen Kräften bekämpfen, solange ich Atem habe!

CLÄRE NEUMANN, CAVIGLIANO

Der Redaktor bedauert, eine anders laufende Einschränkung im Brief von Leserin Neumann als Wunsch nach Anonymität ausgelegt zu haben und veröffentlicht hiermit mit Freude ihre Stellungnahme. Wir sind am «klaren Blick» immer glücklich, Leserbriefe mit vollem Namen wie-dergeben zu können. Red.